

# BUCHBESPRECHUNGEN

PAUL SETHE

ZWISCHEN BONN UND MOSKAU

Verlag Heinrich Scheffler, Frankfurt am Main 1956, 173  
Seiten, 8,80 DM.

Mitte des vorigen Jahres wollten die politischen Wetterfrösche wissen, daß der Wahlkampf des Jahres 1957 vorzugsweise unter innenpolitischem Aspekt geführt werden würde. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß auch dieses Mal die deutsche Schicksalsfrage in den Mittelpunkt rücken wird. Gerade zur rechten Zeit ist da das gehaltvolle kleine Buch des bekannten Publizisten Paul Sethe erschienen, um aus dem Nebel von Täuschungen, Halbwahrheiten und Lügen, mit denen man das Problem der deutschen Wiedervereinigung umgeben hat, die unlegbare Wahrheit der Tatsachen wiederauftauchen zu lassen.

Indem er den historischen Hergang der deutschen Teilung berichtet, widerlegt er gleich eingangs die vielfach anzutreffende Propagandalüge, die „Großen Drei“ hätten bereits in Jalta den Grundstein zur Zerstückelung Deutschlands gelegt, während diese damaligen Pläne schweigend fallengelassen und auf der Potsdamer Konferenz ausdrücklich die deutsche Einheit bestätigt wurde. Es war Frankreich, das unter dem formalen Vorwand, in Potsdam nicht vertreten gewesen zu sein, die Hoffnung auf Bewahrung der deutschen Einheit vermittelte. Von Station zu Station verfolgt Sethe dann die Passionsgeschichte der deutschen Teilung weiter. Immer wieder konfrontiert er dabei die Wahrheit mit propagandistischen Zwecklügen, so wenn er z. B. daran erinnert: „1947 waren die Westmächte gegen freie deutsche Wahlen, weil sie (fälschlicherweise) fürchteten, eine gesamtdeutsche Regierung werde gegen sie eine feindliche Haltung einnehmen. Seit 1952 sind sie für freie Wahlen, weil sie hoffen, eine gesamtdeutsche Regierung werde ein militärisches Bündnis mit ihnen eingehen. Freie Wahlen sind für sie wie Handschuhe, die man je nach seinen Bedürfnissen wechselt.“

Durch die Währungsreform vorbereitet, die Sethe in diesem Zusammenhang in ihrer Bedeutung zu erwähnen vergißt, kam es so, trotz schweren Herzens der Beteiligten, woran jüngst erst wieder *Reinhold Maier* erinnerte, zur Gründung des Parlamentarischen Rates und der Bundesrepublik und damit zu „zwei deutschen Republiken“. Gerechterweise hebt Sethe hervor, „Verantwortung für alles, was seit 1949 geschehen ist, trägt nicht ein einzelner, sondern das Volk, insbesondere seine regierende Schicht, das westdeutsche Großbürgertum“. Durch die einseitig den Alliierten angebotene deutsche Wiederbewaffnung ergab sich,

erwünscht oder nicht, noch einmal eine große Hoffnung auf Wiedervereinigung in Gestalt der — noch in der Stalinära konzipierten — sowjetischen Note vom 10. März 1952, die den Abschluß eines gesamtdeutschen Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen, „den Willen des deutschen Volkes ausdrückenden Regierung“ anbot. Vier Tage später interpretierte Sowjetzonenministerpräsident *Grotewohl* die sowjetische Note: „Freie Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung sind der kürzeste Weg zur Wiederherstellung der deutschen Einheit.“ Dies war, wie Sethe mit Recht betont, der eindrucksvollste Erfolg, aber zugleich auch die Klimax, die der westlichen Politik im Kalten Kriege beschieden war.

Der „Lenker der westdeutschen Geschehnisse“ aber hielt es für überflüssig, auch nur die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Note zu erproben, und erklärte bereits vier Tage später, am 16. März 1952, in Siegen, Ziel der westdeutschen Politik sei zwar nach wie vor, daß der Westen so stark wird, um mit der Sowjetunion ins Gespräch zu kommen, aber nur, wenn man auf dem Wege des Stärkerwerdens fortfahre, glaube er, daß „der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern ist, zu dem Sowjetrußland sich zu einem vernünftigen Gespräch bereit erklärt.“ Auf diesem Wege ist Deutschland denn auch beharrlich vorwärtsgedrängt worden, trotz der Mahnungen Rußlands, so daß der Kanzler vier Jahre später in Stuttgart bekennen mußte, die Russen wollten überhaupt keine Verhandlungen — wobei er nur das „nunmehr“ hinzuzufügen vergaß. Trotz der als lästig empfundenen Warnungen der „Mahner“ schritt der Lenker der westdeutschen Geschehnisse immer weiter auf dem Wege der Politik der Stärke fort, obschon man nunmehr konstatieren muß: „Heute, mehr als vier Jahre später, ist diese Politik zusammengebrochen.“ Und als er 1956 im Kölner Gürzenich die Sowjets öffentlich unsere „Todfeinde“ nannte, „umgab ihn am Ende seiner Rede wieder der drängende Jubel der deutschen Führungsschicht“.

Viel Propagandaströme wurden inzwischen gedroschen; insbesondere wurde die Frage, ob freie Wahlen „zuerst“ oder „zuletzt“ kommen müßten, unangemessen in den Vordergrund geschoben, um viel schlechten Willen dahinter zu verbergen; denn tatsächlich war klar, daß freie Wahlen nach dem Willen zumindest einer der beteiligten vier Großmächte erst *nach* der deutschen Einheit, d. h. nachdem die Bedingungen für sie ausgehandelt worden waren, kommen konnten. So wurde die deutsche Frage denn in die Sackgasse der „zwei deutschen Staaten“ mit ihren Souveränitäten, Herrschaftsgruppen und Armeen hineinmanövriert, und es ist schwer ersichtlich, wie sie je auf friedlichem Wege daraus wieder hinausgeführt werden könnte. Adenauer jedenfalls setzte erst einmal seinen Weg durch die Unterzeichnung der Pariser Verträge fort.

Sethe läßt die Frage offen, inwieweit Absicht oder Verkennen der Realitäten bei der Erreichung dieses Zieles maßgeblich gewesen sind. Die Gegner dieser Politik, zu deren prominentesten der konservative Sethe gehört, wurden jedenfalls als Vertreter einer „Politik der Schwäche“ denunziert oder deutlicher als „Dummköpfe oder Verbrecher“ bezeichnet. Die letzte Etappe dieses Weges, die mit der sowjetischen Erklärung vom 15. Januar 1955 eingeleitet wurde, fand ihren Abschluß in einem Artikel des Regierungsblattes „Iswestija“ vom 1. Februar 1955, in dem abermals die stets negative Auslegung der sowjetischen Wiedervereinigungsbedingungen durch den Bundeskanzler bestritten wurde.

Auch Sethe ist hinsichtlich noch verbleibender Wiedervereinigungschancen skeptisch, doch will er die Hoffnung nicht aufgeben. Das Problem, ob das deutsche Volk auf einer Politik des Magens beharren werde, falls es eines Tages erkennen müßte, daß es, dem Wunsch einflußreicher Kreise des Auslandes entsprechend, keine Chance mehr gebe, wird von Sethe nicht gestreift. Niemand kann wissen, was dann geschehen wird; aber niemand sollte auch die Brisanz verkennen, die dieser Frage innewohnt. Niemand darf sich vor ihrer Beantwortung drücken. Wir alle sollten dem aufrechten Konservativen Sethe Dank wissen, daß er durch seine nüchterne Tatsachenaneinanderreihung, die dadurch wie eine Abrechnung wirkt, der Klärung dieser Frage eine so unerbittliche Deutlichkeit verliehen hat.

*Dr. G. E.*

#### IGOR GUSENKO

##### DER STURZ DES TITANEN

Verlag Heinrich Scheffler, Frankfurt a. M., 532 Seiten, 16,80 DM.

In Ungarn wurden der freien Welt wieder die Methoden sowjetischen Terrors vorgeführt. Vor diesem düsteren Hintergrund ist dieser Roman erneut aktuell geworden. Der Verfasser ist ein ehemaliger Chiffrierbeamter der Sowjetbotschaft in Ottawa, der am 5. September 1945 durch die Übergabe von Geheimdokumenten über einen kommunistischen Atomspionagering an die kanadische Regierung die Illusion des Fortbestandes der amerikanisch-russischen Waffenbrüderschaft zerstört hat. Er läßt die blutrünstige Atmosphäre der stalinistischen Ära lebendig werden, indem er die Verstrickung eines ehrgeizigen Intellektuellen in die Netze des NKWD erzählt und dabei die ganze Leere und beängstigende Wüste der im Dienste des allmächtigen Apparates stehenden Figuren enthüllt. Während der Revolution als junger Mann in den Bürgerkrieg hineingezogen, später zum Vertrauensmann der Geheimpolizei avanciert

und schließlich zum Studium zugelassen, erhält er auf Grund seiner Verdienste als Agent inzwischen zum Rektor einer Universität aufgerückte Professor den Spezialauftrag, den aus dem Exil zurückgerufenen Dichter Michail Gorin, den „Sturmvogel der Revolution“, das getreue Abbild Maxim Gorkis, an dem das Volk hängt, den es verehrt, dem Regime gefügig zu machen oder ihn zu beseitigen. Es kommt, wie es kommen muß: Der Titan wird gestürzt. Auf den Leichnam wartet ein Staatsbegräbnis. Unzählige Schicksale sind in diese Handlung verflochten, die spannend entwickelt wird und — an „die Kraft großer russischer Erzähler“ erinnernd — Zeugnis von dem Grauen des Stalinismus ablegt. Als das Buch erschien, mochte mancher geneigt sein, es als politischen Reißer abzutun. Zuviel schien der Autor der Sentimentalität und Sensationsgier seines Publikums entgegenzukommen. Auch heute läßt sich dieser Eindruck nicht völlig verwischen. Seit der Abrechnung Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU mit Stalin und der damit erfolgten amtlichen Bestätigung der stalinistischen Verbrechen hat sich aber wohl auch bei den Skeptikern die Einsicht durchgesetzt, daß das Leben eines politisch engagierten Menschen zur Zeit des Alleinherrschers ständig bedroht, von der Angst beherrscht, so etwas wie eine Vorhölle gewesen sein muß. Wie sehr der Druck inzwischen nachgelassen hat, vermag man nur schwer abzuschätzen. Hoffen wir, daß Guseenko recht behält, wenn er seine Landsleute trotz aller Liquidationen, die in seinem Buch eine so große Rolle spielen, am Ende hoffen heißt. rb

#### ALEX WEISSBERG

##### DIE GESCHICHTE DES JOEL BRAND .

Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 320 Seiten, 12,80 DM.

Eine Million Juden gegen zehntausend Lastkraftwagen! Einstellung der Judenmorde und Sprengung der Gasöfen in den Lagern, wenn das Geschäft zustande kommt. — Zwischen den Schlagbäumen an der Schweizer Grenze verhandeln mitten im Krieg SS-Führer im Auftrage Himmlers mit jüdischen Beauftragten aus der Schweiz und feilschen um den Kaufpreis! Jedoch das Geschäft kommt nicht zustande. Der englische Geheimdienst schaltet sich ein: vom Kaufpreis ganz und gar abgesehen — wo und wie soll man mitten im Krieg eine Million Menschen unterbringen? Also werden die Gasöfen nicht gesprengt. Die Geschichte des Joel Brand klingt unglaublich. Daß sich der Leser auf Grund der Dokumente von der Wahrheit des Berichtes überzeugen lassen muß, ist eher deprimierend — denn er schaut zugleich in unvorstellbare Abgründe menschlicher Verworfenheit. Kn

## Ordo-Jahrbücher

Die Beiträge des 8. Ordo-Jahrbuches (Verlag Helmut Küpper vormals Georg Bondi, Düsseldorf 1956, 412 Seiten, 28,80 DM) sind überwiegend neueren ordnungspolitischen Fragen im nationalen und internationalen Bereich gewidmet. Der Ordo-Kreis will damit andeuten, daß die Aufgaben im Hinblick auf die Realisierung der von ihm erstrebten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung trotz vieler inzwischen überwundener Differenzen mit den Anhängern anderer ordnungspolitischer Vorstellungen eher noch gewachsen sind denn abgenommen haben. Die interessanten Aufsätze, die nicht alle so waghalsig und polemisch sind wie der in diesem Heft von *Ferdinand Oeter* ausführlich besprochene von *Hans Willgerodt*, enthalten eine Fülle geistreicher Anregungen. Am Ende kommt man aber nicht um die Einsicht herum, daß der Neoliberalismus im ganzen gesehen doch ein recht starres Denksystem ist.

Das tritt im 7. Ordo-Band (294 Seiten, 24,80 D-Mark) noch deutlicher in Erscheinung. Die dort veröffentlichten wirtschaftstheoretischen und gesellschaftsphilosophischen Betrachtungen geben einen besonders guten Einblick in die Gedankenwelt der Freiburger Schule. So etwa die brillant geschriebene Einleitung von *Fritz W. Meyer* „Zur wirtschaftspolitischen Lage in der Bundesrepublik“, die sich vor allem mit der Paritätsforderung der Landwirtschaft auseinandersetzt; dann die Beiträge von *F. A. Hayek* „Wirtschaftsgeschichte und Politik“, von *Norbert Kloten* „Typenlehre der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen“, von *Ernst Heuss* „Das Problem der unvollkommenen Konkurrenz in der Wettbewerbswirtschaft“, von *Daniel Villey* „Die Marktwirtschaft im katholischen Denken“, von *Wilhelm Röpke* „Europäische Investitionsplanung. Am Beispiel der Montanunion“ und von *Hans Willgerodt* „Die Krisis der sozialen Sicherheit und das Lohnproblem“.

Von den im 8. Band erschienenen Arbeiten ist die Betrachtung des Berner Professors *Richard F. Behrendt* über eine freiheitliche Entwicklungspolitik für materiell zurückgebliebene Länder hervorzuheben. Eine konstruktive Entwicklungspolitik für diese Gebiete erscheint Behrendt in konsequenter Anwendung liberaler Theorien nur als soziale Marktwirtschaft auch im übernationalen Rahmen möglich. Weitere Aufsätze sind u. a.: „Die öffentliche Meinung im Lichte der Grundsätze des Liberalismus“ von *Karl R. Popper*; „Bemerkungen zum Monopolproblem“ von *Friedrich A. Lutz*; „Außenhandel im Dienst der Politik. Bemerkungen eines Nationalökonomen zum Handel mit dem kommunistischen Imperium“ von *Wilhelm Röpke*; „Wirtschaftsordnung und öffentliche Mittelverwendung“ von *Kurt Schmidt*; „Verkehrsreform und Tarifreform“ von *Norbert Kloten*.

## GRUNDSATZFRAGEN DER WIRTSCHAFTSORDNUNG

Ein Vortragszyklus. Mit Beiträgen von Gerhard Weisser, Franz Böhm, Helmut Meinhold, Oswald Ton Nell-Breuning und einem Vorwort von Woldemar Koch. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 252 Seiten, 18 DM.

Die vier Professoren, die hier zu uns sprechen, sind die Mitglieder der sog. Grundsatzkommission des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundeswirtschaftsministerium.

Der Kölner Sozialpolitiker Prof. Dr. *Gerhard Weisser* behandelt in seiner ersten Vorlesung „Die Überwindung des Ökonomismus in der Wirtschaftswissenschaft“. Unter Ökonomismus versteht er jene Meinung, die glaubt, „daß die Postulate zur Gestaltung des Wirtschaftslebens aus unserem Wirtschaftsdenken gewonnen werden können und müssen“. Er wendet sich gegen diese These und vollzieht dann eine Trennung zwischen dem tatsächlichen und wahren Konsumenteninteresse — letzteres kommt nach seiner Meinung über das Marktgeschehen nicht zum Ausdruck. Um es aber überhaupt transparent werden zu lassen, ist es nicht angängig, erst Produktionspolitik und dann Verteilungspolitik zu treiben. Beides gehört untrennbar zusammen. Die Grundpostulate sind außerökonomisch, weltanschaulich. Weisser glaubt, die verschiedenen, sich widerstrebenden Interessen in den Griff zu bekommen, indem er die Forderung aufstellt: „Die Freiheit bei den Dispositionen der einzelnen Wirtschaftstätigen bzw. Haushaltsvorstände soll so weit gehen, als nicht Interessen Dritter oder der ‚Gesamtheit‘ vorliegen, die zu vernachlässigen einen Verstoß gegen das Sittengesetz bedeuten würde.“

Sein zweiter Vortrag „Grundsätze der Verteilungspolitik“ führt dieses Postulat nun im Näheren aus. Ziel der Produktionspolitik ist ihm, ein kulturell bestimmtes Optimum der Versorgung zu erreichen. Offen allerdings bleibt bei Weisser die Frage, welche Kriterien es für das Prädikat „kulturell“ gibt.

Prof. Dr. *Oswald von Nell-Breuning SJ* stellt im letzten Vortrag des ganzen Zyklus eben diese Frage und gibt die Antwort, daß die Maßstäbe für das, was „kulturell“ ist und was nicht, nur aus dem Menschenbild gewonnen werden könne, das dieser oder jener hat. Damit ist ganz bewußt die Grenze der Wirtschaftswissenschaft überschritten, aber Weisser und Nell-Breuning sind sich darin einig, daß wir nicht bei dem Skeptizismus eines *Max Weber* stehenbleiben können, der eben diese Grenze glaubte nicht überschreiten zu dürfen. Aber gerade von hier aus berührt Nell-Breuning einen sehr wunden Punkt in unserer Gesellschaftsordnung, der mit der Problematik der Arbeitszeitverkürzung noch mehr als bisher auf uns zukommt: die Frage nach der Muße. „Solange wir diesen Punkt nicht durch- und zu Ende gedacht haben, solange schwimmen wir mit unserer ganzen Wirtschafts- und Sozialpolitik.“

Nell-Breunings Vortrag über „Gemeinsames und Trennendes in den Hauptrichtungen der Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik“ gibt einen guten Aufschluß über das heutige Verhältnis zwischen Neoliberalismus und Neosozialismus, der auch für den Nichtnationalökonom aufschlußreich und verständlich sein kann.

Um so mehr muß bedauert werden, daß der Frankfurter Jurist Prof. Dr. *Franz Böhm* in seiner Vorlesung „Der Rechtsstaat und der soziale Wohlfahrtsstaat“ die Problematik arg verzeichnet. Der Wohlfahrtsstaat ist für ihn kein Rechtsstaat mehr, da für den Rechtsstaat der Satz gilt: In Staat und Gesellschaft sollen *Gesetze* herrschen, *nicht* Menschen. Dieser Satz wird nach Böhm im Wohlfahrtsstaat dauernd verletzt. Aber Böhm stellt nicht die Frage, ob angesichts der modernen Technik sein liberaler Rechtsstaat überhaupt noch möglich ist. Zwar sieht er durchaus die schlechten Erfahrungen, die die Arbeiterschaft im Frühkapitalismus mit dem Rechtsstaat machen mußte, aber die *Marx*-sche Kritik betrachtet er nur als den „vernichtendsten Schlag, der jemals gegen die Idee des Rechtsstaates gerichtet worden ist. Und dies zu einer Zeit, in der viele Völker nach Jahrhunderten der schwersten Kämpfe gerade begannen, sich der mit soviel Blut und Leid errungenen rechtsstaatlichen Einrichtungen zu erfreuen.“ Von hier aus gesehen, nimmt es nicht wunder, daß Böhm am Schluß dieses Vortrages die So-

zialisten auffordert, zu seinen Ideen des liberalen Rechtsstaates zurückzukehren. Und dies, obwohl er selbst in seiner ersten Vorlesung über „Freiheitsordnung und soziale Frage“ wesentliche Teile der sozialistischen Kritik an der liberalen Marktwirtschaft, die nach seiner Meinung dem Rechtsstaat allein konform ist, zugegeben hatte.

Der Heidelberger Nationalökonom Prof. Dr. *Helmut Meinhold* sieht hier weiter. Zwar fordert er auch, die notwendigen Staatseingriffe in stärkerem Maße gesetzlich zu verankern, zeigt aber gleichzeitig in seiner Vorlesung „Widersprüche in unserer Wirtschaftsverfassung“ Möglichkeiten und Grenzen solchen Vorhabens. Möglichkeiten insofern, als durch weitere Streuung des Besitzes eine größere Konjunkturabhängigkeit der Wirtschaftssubjekte erreicht werden könnte, Grenzen insofern, als gerade durch Förderung der Eigenheime die notwendige Fluktuation der Arbeitskräfte gebremst wird.

Sein zweiter Vortrag „Politischer Raum und Wirtschaftsraum“ behandelt die Problematik des Verhältnisses aktiver Konjunkturpolitik zur Außenhandelsituation, eine Problematik, die ständig aktuell ist. Letzten Endes wird die Lösung dieser Frage ohne eine Internationalisierung wirtschaftspolitischer Dinge nicht möglich sein, die ihrerseits von einer Internationalisierung der Politik überhaupt abhängt; das ist die Konsequenz, die Meinhold zieht.

Hartmut Weber